

genossen sehen, beweist die großartige Solidaritätsaktion der Oldenburger Bauern für die streikenden Bremer Hafenarbeiter.

Die westdeutschen Arbeiter und Bauern sowie ein großer Teil der übrigen Bevölkerung blicken voll Hoffnung und Vertrauen auf den ersten Arbeiter- und Bauern-Staat auf deutschem Boden, aus dessen Stärke und Autorität sie neue Kraft und Siegeszuversicht schöpfen\* Einmütig bekannte sich die Konferenz dazu, daß das kommende einheitliche Deutschland nur ein demokratisches Deutschland sein kann, in dem der Fleiß des arbeitenden Volkes und die Früchte seiner friedlichen Arbeit dem Volke selbst zugute kommen.

Der Parteivorstand der KPD hat in seiner programmatischen Erklärung vom 16. Oktober 1955 betont, daß die KPD mit aller Kraft für die Verwirklichung der Forderungen eintritt, die von den westdeutschen Werktätigen im Aktionsprogramm des DGB aufgestellt wurden. Die KPD erklärt: „Nichts wird dem Volk geschenkt. Alles muß sich das Volk durch eigene Kraft schaffen und erringen. Damit Frieden und Sicherheit wird, damit eine neue demokratische Ordnung in Westdeutschland geschaffen und die friedliche demokratische Wiedervereinigung Deutschlands herbeigeführt werden kann, müssen alle Kräfte des Volkes, die gegen die Pariser Verträge, gegen die Remilitarisierung und die autoritäre Herrschaft der Adenauer-Regierung sind, in einer umfassenden nationalen und demokratischen Volksbewegung Zusammenwirken“<sup>4</sup>

„Vor den sozialdemokratischen Organisationen in Westdeutschland und jedem einzelnen Mitglied der SPD steht die Frage“, heißt es in der Rede des Genossen Walter Ulbricht auf dem 25. Plenum des Zentralkomitees unserer Partei, „nunmehr zur echten Opposition gegen die Politik der imperialistischen Bourgeoisie Westdeutschlands überzugehen und nach den Worten August Bebels zu handeln: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ Auch in bürgerlichen Kreisen wächst die Opposition gegen die Bonner Außenpolitik. Die Bauern, kleinbürgerliche Kreise und selbst Teile des Bürgertums fordern die Unterstützung der Genfer Politik der Entspannung.

Unsere Parteiorganisationen und die Genossen in den Gewerkschaften sollten aus der Leipziger Konferenz Lehren für ihre gesamtdeutsche Arbeit ziehen. Sie sollten die Verbindungen zu den Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern in Westdeutschland und alle vorhandenen Möglichkeiten noch besser ausnutzen. Dabei müssen den westdeutschen Arbeitern die Erfahrungen vermittelt werden, die sich die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und den übrigen werktätigen Schichten in der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Ordnung erworben hat. Das wird ihnen in ihrem Kampf viel helfen.

Die gründliche Aufklärung über alle diese Probleme unter den westdeutschen Arbeitern müssen wir verbinden mit der Verbreitung der Wahrheit über das Leben und die Perspektiven der Arbeiter und Bauern in den Ländern der Demokratie und des Sozialismus, mit der Herstellung und Pflege kameradschaftlicher Beziehungen der westdeutschen Arbeiter und ihrer Gewerkschaftsorganisationen zu der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften in diesen Ländern. Es ist künftig mehr als bisher erforderlich, den westdeutschen Arbeitern die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, ihre führende Rolle und die Errungenschaften der Arbeiter und Bauern in den Ländern der Demokratie und des Sozialismus, besonders in der Sowjetunion, zu erklären und sie mit den Grundfragen des Aufbaus des Sozialismus vertraut zu machen. Dieser Aufgabe wird noch wenig Aufmerksam-